

**EWR-Umsetzungsquote
Liechtenstein erreicht
98,9 Prozent**

VADUZ Liechtenstein hat 98,9 Prozent der insgesamt 978 EU-Binnenmarkttrichtlinien bis zum 30. April 2015 umgesetzt. Dies gibt die EFTA-Überwachungsbehörde in der jüngsten Ausgabe ihres Umsetzungsberichts bekannt. In Bezug auf die Vertragsverletzungsverfahren gegen Liechtenstein ist die Zahl der offenen Fälle von 16 auf 23 gestiegen. Die anhängigen Verfahren betreffen die Bereiche Arzneispezialitäten, Dienstleistungsfreiheit, freier Personenverkehr, Niederlassungsfreiheit, Transport und Umwelt. «Diese Zahlen belegen, dass Liechtenstein die EWR-Mitgliedschaft sehr wichtig ist», wird Regierungschef Adrian Hasler in der Pressemitteilung vom Dienstag zitiert. Trotzdem würden bei der Umsetzung von EWR-Recht auch die liechtensteinischen Interessen bestmöglich gewahrt. Gegenüber dem letzten Umsetzungsbericht ist die hiesige Umsetzungsquote von 98,8 Prozent auf 98,9 Prozent leicht angestiegen. Die beiden anderen EWR/EFTA-Staaten Island und Norwegen erreichen eine Umsetzungsquote von 97,9 beziehungsweise 99,9 Prozent. Der Umsetzungsbericht gibt Auskunft über die Umsetzungsquoten der EWR/EFTA-Staaten sowie die Anzahl der anhängigen Vertragsverletzungsverfahren wegen verspäteter oder inkorrektierter Umsetzung. Dabei wird nicht der ganze EWR-Rechtsbestand sondern nur die Binnenmarkttrichtlinien untersucht. (red/ikr)

Der Umsetzungsbericht kann bei der EFTA-Überwachungsbehörde bezogen werden. Im Internet auf www.eftasurv.int/press-publications/scoreboards/internal-market-scoreboards/

**Aus der Region
Jugendherbergen
werden nun zu
Asylzentren**

ST. GALLEN/RAPPERSWIL-JONA Der Kanton St.Gallen muss zurzeit wöchentlich rund 60 Asylsuchende aufnehmen. In Absprache mit den jeweiligen Stadtbehörden werden während der Wintermonate Asylsuchende zusätzlich in den Jugendherbergen von Rapperswil-Jona und St. Gallen platziert, teilte die Staatskanzlei am Dienstag mit. Wie in den Vorjahren wird die Jugendherberge Busskirch in Rapperswil-Jona demnach während vier Monaten als Asylzentrum genutzt. Bis zu 58 Personen finden dort Unterkunft. Neu dient auch die Jugendherberge in St. Gallen als Asylzentrum. Von Mitte November bis Ende März stehen dort Betten für höchstens 85 Personen zur Verfügung. Die Jugendherbergen werden nicht als eigenständige, voll ausgerüstete Zentren für Asylsuchende betrieben. Die fachliche Leitung wird jeweils über bestehende kantonale Zentren sichergestellt. Die Betreuung erfolgt unter Mitwirkung von erfahrenen Mitarbeitern, die bereits heute in Asylzentren tätig sind. Zusätzlich werden sie von Mitarbeitern der Jugendherbergen und privaten Sicherheitsdiensten unterstützt. Die Zahl der Asylsuchenden, die vom Staatssekretariat für Migration dem Kanton St. Gallen zugewiesen werden, ist seit dem Frühling stark angestiegen. Gleichzeitig liegen die Anerkennungen von Flüchtlingen bei 27,7 Prozent und die Erteilungen von vorläufigen Aufnahmen bei 32,3 Prozent. Somit bleiben 60 Prozent aller Asylsuchenden dauerhaft oder zumindest längerfristig in der Schweiz. (red/pd)



Martin Läubli zur «Laudato si'»

Interview Martin Läubli und Peter Vogt, Theologe, referieren am Mittwoch, den 21. Oktober, im Haus Gutenberg über die Enzyklika des Papstes. Läubli ist Journalist beim «Tages-Anzeiger», schreibt seit Jahren über ökologische Themen.

Sie beschäftigen sich seit vielen Jahren mit dem Thema «Klima». Sie besuchen und berichten von den grossen Klimakonferenzen. Wenn Sie eine Aussage über den Klimazustand machen müssten - Wie würden Sie unsere Situation beschreiben?

Martin Läubli: Es ist fünf nach zwölf. In der UNO-Klimarahmenkonvention ist festgeschrieben, dass die Erde sich im Vergleich zur vorindustriellen Zeit nicht stärker als zwei Grad erwärmen darf. Die Emissionen der Treibhausgase steigen global jedoch so stark, dass wir auf Vier-Grad-Kurs sind. Drei Viertel der Kohle, Erdöl und Erdgasreserven dürften gar nicht mehr gefördert werden, trotzdem suchen Energiemultis nach neuen Quellen in der Arktis und in der Tiefsee. Das macht keinen Sinn.

Nun hat Papst Franziskus eine Enzyklika veröffentlicht, die sehr konkret auf die ökologische Krise eingeht. Was sind für Sie die zentralen Aussagen der Enzyklika? Die Stärke der Enzyklika ist, dass der Papst eine Wachstums- und Systemdebatte entfachen möchte. Ein Thema, dem sich eigentlich längst Ökonomen und Soziologen widmen sollten. Doch die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums und die Problematik des menschlichen Verhaltens sind in der Wissenschaft, aber auch in der Politik noch ein Randthema. Der Papst vermeidet jedoch tunlichst, auf die Bevölkerungsentwicklung einzugehen. Die Zunahme der globalen Bevölkerung ist aber ein wichtiger Punkt, um den Klimawandel zu bremsen.

Der Papst spricht von einer ganzheitlichen Ökologie. Umwelt, Wirtschafts- und Sozialökologie bilden für ihn eine Einheit. Hat ein solch ganzheitliches Denken in der Politik eine Chance?



«Die Stärke der Enzyklika ist, dass der Papst eine Wachstums- und Systemdebatte entfachen möchte», sagt der Wissenschaftsjournalist Martin Läubli. (Foto: ZVG)

Mit dieser Einheit wurde 1987 im Brundtland-Bericht der UNO der Begriff Nachhaltigkeit definiert. Es ist also eine politische Definition. Es hat lange gebraucht, bis sich diese Ansicht in der Politik durchgesetzt hat. Heute wird auch in der Politik ganzheitlich gedacht. Das Problem ist nur, dass die Wirtschaft nach wie vor meistens am stärksten gewichtet wird. Die Energie ist das beste Bei-

spiel. Würden alle Aspekte der Nachhaltigkeit betrachtet, dürfte die Kohle keinesfalls so billig sein.

Der Papst orientiert sich in seiner Analyse an den Forschungsergebnissen der Wissenschaft und verbindet diese mit der Schöpfungstheologie. Ist dies für Sie eine Vorgehensweise, in der das oft schwierige Verhältnis zwischen Theologie und Natur-

wissenschaft wieder in ein produktives Verhältnis kommt? Das ist schwierig zu beantworten. Dazu kann ich nur eine Gegenfrage stellen. Wie nahe stehen sich heutzutage Theologie und Naturwissenschaft? Dass der Papst den Klimafor- schungsbericht des UNO-Weltklimarates anerkennt, gibt den Resultaten dieses Forschungsgremiums öffentlich ein wichtiges Gewicht. Die Wissenschaftler sagen im Grunde, dass nur ein gemeinsames Handeln gegen den Klimawandel hilft. Diesen Gedanken hat der Papst aufgenommen und dabei zum Beispiel die zu grosse Macht des Konsums und der Wirtschaft kritisiert. Auf manche Massnahmen jedoch, eben zum Beispiel die Familienplanung geht er jedoch nicht sonderlich ein. Hier liegen Wissenschaft und die katholische Kirche noch weit auseinander.

Im Dezember findet in Paris die nächste Klimakonferenz statt. Wird es Ihrer Meinung an dieser Versammlung zu einem neuen Klimabeschluss kommen? Es wird sicher einen neuen Klimabeschluss geben. Die Frage ist, wie stark dieser Vertrag sein wird. Was im Moment vorliegt, ist immer noch viel zu umfassend, die Vertragsstaaten müssen das Papier weiter abspecken. Kommt hinzu, dass alle Länder, ob Industriestaaten oder Entwicklungsländer, sich für Klimaschutz verpflichten müssen. Da an der Konferenz im Konsensverfahren abgestimmt wird, muss es also ein Vertragsvorschlag sein, der allen passt. Das ist keine ideale Grundlage für starke Abkommen. (pd)

Über das Referat
 • Datum/Zeit: Mittwoch, 21. Oktober, 19 Uhr
 • Ort: Haus Gutenberg, Balzers
 • Referenten: Martin Läubli und Peter Vogt
 • Eintritt: Zehn Franken
 • Anmeldungen: www.haus-gutenberg.li

Wege zum Ziel: Die Handlungsfelder der neuen Klimastrategie

Emissionen Reduzieren, Adaptieren und Finanzieren lauten die drei Strategieziele der überarbeiteten Klimastrategie, die zu einer weiterhin erfolgreichen Klimapolitik beitragen soll.

VON SEBASTIAN ALBRICH

«Ein Blick in die Statistik belegt, dass wir mit unserem Vorgehen auf dem richtigen Weg sind», erklärt Umweltministerin Marlies Amann-Marxer. Denn durch die seit 2005 ergriffenen Massnahmen in den Bereichen Klimaschutz, Energieeffizienz und der Förderung erneuerbarer Energien gelang es, die Treibhausmissionen vom Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum loszulösen. So wiesen die landesweiten Emissionen 2012 den Wert von 1990 (225 000 Tonnen CO₂-Äquivalent) auf, während Liechtenstein in der selben Zeitspanne ein Wirtschaftswachstum von 140 und ein Bevölkerungswachstum von 25 Prozent verzeichnete. Generell zeigt sich die Regierung mit der Erfolgskontrolle der bisherigen Klimastrategie zufrieden. Ein Kurs, den sie mit der überarbeiteten Strategie zur Erreichung der Klimaziele bis 2030 fortsetzen will.

Grosses Potenzial im Energiebereich Der Ausstoss von Treibhausgasen in Liechtenstein ist primär der Ver-

brennung fossiler Energieträger geschuldet (85 Prozent). Grösster Verursacher in diesem Bereich ist mit 37 Prozent der Verkehr, gefolgt von der Industrie mit 31 Prozent und privaten Haushalten mit 14 Prozent. Die Landwirtschaft trägt hingegen nur 4 Prozent zu den Emissionen bei. Das grösste Reduzierungspotenzial hätten die Bereiche Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Verkehr. Hier spielt laut Regierung die bestehende Energiestrategie 2020 und deren Fortführung eine wichtige Rolle. Zudem arbeite die Regierung im Rahmen der LIFE Klimastiftung Liechtenstein auch weiterhin gemeinsam mit der Wirtschaft an der Umsetzung der Klimastrategie.

Projekte im Ausland fördern Doch dies allein wird nicht genügen. Zur Erreichung der Reduktion von 20 Prozent bis 2020 im Vergleich zu 1990, müssten laut Regierung zwischen 135 000 und 240 000 Emissionsreduktionen aus dem Ausland bezogen werden. Auch die Ziele für 2030 (40 Prozent) könnten nur zu drei Vierteln durch inländische Massnahmen gedeckt werden. Die restlichen Reduktionen müssten durch die Unterstützung von Emissionsreduktionen im Ausland gewonnen werden. Hier werden von der Regierung verschiedene Kriterien definiert. So müssen die ausländischen Reduktionen einen nachhaltigen, ökologischen Nutzen haben, nicht zu Lasten der Bevölkerung des Projektlandes



Vor allem bei den fossilen Energien gibt es Reduktionspotenzial. (Symbolfoto: SSI)

gehen und mit den entwicklungspolitischen Zielen Liechtensteins im Einklang stehen. Zudem dürfen die Reduktionen nicht in beiden Ländern gezählt werden. Finanziert werden die Projekte durch energie- und klimabezogene Abgaben, wie die CO₂-Abgabe auf Öl und Gas oder Einnahmen aus Sanktionszahlungen bei Überschreitung von Emissionsgrenzen. Abseits des Erwerbs ausländischer Emissionsreduktion, verpflichtete sich Liechtenstein im «Kopenhagener Beschluss» von 2009 finanzielle Mittel für Klimaprojekte in Entwicklungsländern bereitzustellen. Liechtenstein hat beschlossen, diese Mittel im Rahmen zusätzlicher Entwicklungshilfe bereitzustellen. Bevorzugt in Ländern, mit denen bereits

aussen- und entwicklungspolitische Beziehungen bestehen.
Vorbereitung auf Veränderung Neben der Einbremsung klimatischer Veränderungen, gilt es auch, sich mit bereits bestehenden oder sich ankündigenden Folgen des Klimawandels auseinanderzusetzen. So werden laut UN-Klimabericht (2014) die Durchschnittstemperaturen für 2050 in Liechtenstein im Winter um zirka 1,8 Grad und im Sommer um ca. 2,7 Grad Celsius ansteigen. Dies hätte zur Folge, dass es im Winter um 10 Prozent mehr und im Sommer um 20 Prozent weniger regnen würde. Hier besteht laut Regierung Handlungsbedarf, um die Risiken für Bevölkerung, Sachwerte und natürlichen Lebensgrundlagen zu reduzieren.